

Ä21

# Antrag

## Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

**Initiator\*innen:** BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

**Titel:** Ä21 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

### Antragstext

#### Von Zeile 42 bis 55:

3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**:[Zeilenumbruch]
3. Junge Menschen und ihre Verbände müssen unverzüglich, dauerhaft~~dauerhaft~~, verbindlich und ernsthaft~~wirksam~~ in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre Lebensrealitäten~~Gegenwart und Zukunft~~ betreffen. Es muss~~Dies~~ beinhaltet, mit jungen Menschen gesprochen und zu sprechen, ihre MeinungPerspektiven ernst genommen werden~~zu nehmen und sie systematisch~~ an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt in ~~der~~ aktuellen Debatten um die Reaktivierung des Wehrdiensts und den verpflichteten Ersatzdiensten~~Wehrdienst~~ besonders.[Leerzeichen]
3. Wir fordern daher~~deshalb~~ die Absenkung des Wahlalters und das Zusprechen des aktiven Wahlrechts für junge Menschen[6]~~Menschen~~[6], um politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen Jugendverbände als zentrale Orte demokratischer Bildung, Mitbestimmung und Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse einbezogen~~eingebunden~~ werden.~~Hier benötigt~~

3. Dafür braucht es ~~Beteiligungsmaßnahmen, mittels derer~~verbindliche Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen, dass Kinder, Jugendliche und junge MenschenErwachsene aktiv Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und Stellungnahmen von Jugendverbänden ~~sowie deren Stellungnahmen – insbesondere~~ im Rahmen der Verbändebeteiligung ~~im bei~~ Gesetzgebungsverfahren – müssen ~~in den politischen Entscheidungen~~ Einfluss findenspürbar berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur\*innen anerkannt.